

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Theurer, Reinhard Houben, Dr. Marcel Klinge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/20020 –

**Für eine Europäische Wasserstoffunion**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lukas Köhler, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/20021 –

**Bunter Wasserstoff für eine nachhaltige Wirtschaft auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ingrid Nestle, Dr. Julia Verlinden, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
– Drucksache 19/18733 –

**Grüne Wasserstoffstrategie – Erneuerbare Energien als Grundstoff der Energiewende**

## A. Problem

Zu Buchstabe a

Aufforderung an die Bundesregierung, unter anderem die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion als prioritäres Vorhaben der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 voranzutreiben, Wasserstoff und darauf basierende synthetische Kraftstoffe technologieoffen zu fördern, Wasserstoff als zusätzliche Stütze der Versorgungssicherheit zu etablieren und eine europäische Importstrategie für klimaneutralen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe zu erarbeiten.

Zu Buchstabe b

Aufforderung an die Bundesregierung, auch „blauen“ und „türkisen“ Wasserstoff als CO<sub>2</sub>-neutral zu klassifizieren und Technologieoffenheit bei der Nutzung CO<sub>2</sub>-neutralen Wasserstoffs sicherzustellen.

Zu Buchstabe c

Aufforderung an die Bundesregierung, einer „grünen“ Wasserstoffwirtschaft im Sinne des Klimaschutzes eine wirtschaftliche Perspektive zu geben.

## B. Lösung

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/20020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/20021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.**

Zu Buchstabe c

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/18733 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

## C. Alternativen

Zu den Buchstaben a bis c

Keine.

## D. Kosten

Zu den Buchstaben a bis c

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/20020 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/20021 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 19/18733 abzulehnen.

Berlin, den 16. Dezember 2020

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

**Klaus Ernst**  
Vorsitzender

**Johann Saathoff**  
Berichterstatter

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*

## Bericht des Abgeordneten Johann Saathoff

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/20020** wurde in der 166. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Juni 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/20021** wurde in der 166. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Juni 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache 19/18733** wurde in der 166. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Juni 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die den Antrag auf Drucksache 19/20020 stellende Fraktion der FDP ist der Auffassung, ideologische Debatten verhinderten, dass Deutschland und Europa den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft endlich vorantreiben und die enormen Chancen für Klimaschutz und nachhaltig wettbewerbsfähige Industriestrukturen nutzen. Dabei biete die Ratspräsidentschaft Gelegenheit, statt nationaler Alleingänge wie beim Kohleausstieg und der CO<sub>2</sub>-Bepreisung beim Thema Wasserstoff von vornherein europäisch zu denken. Eine Europäische Wasserstoffunion könne als Zukunftsvision die europäische Zusammenarbeit in den 2020er Jahren neu beleben. Sie verbinde Klimaschutz mit einer zukunftsfähigen Industriestrategie und sicherer Energieversorgung. Gleichzeitig könnten Wasserstoffprojekte z. B. aus Solarenergie an günstigen Produktionsstandorten in Südeuropa dazu beitragen, wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der EU zu mindern. Als Alternative beziehungsweise klimaschonende Weiterentwicklung der fossilen Erdgas- und Erdölförderung biete Wasserstoff auch Wachstumspotential für Nachbarregionen wie die Nord- und Ostseeregion, den Nahen Osten, Afrika sowie Russland und könne somit ein Baustein Europäischer Nachbarschaftspolitik sein.

Aus diesen und weiteren, der Drucksache 19/20020 zu entnehmenden Erwägungen wird die Bundesregierung aufgefordert:

1. die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion als prioritäres Vorhaben der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 voranzutreiben;
2. zur Vorbereitung dem Deutschen Bundestag zügig die seit Monaten ausstehende Nationale Wasserstoffstrategie (NWS) vorzulegen;
3. Wasserstoff und darauf basierende synthetische Kraftstoffe technologieoffen zu fördern und weder auf der Angebotsseite auf bestimmte Herstellungsverfahren noch auf der Nachfrageseite auf bestimmte Anwendungsfelder zu begrenzen;
4. im Sinne des Energiebinnenmarkts und angesichts des fortschreitenden Ausbaus volatiler Stromerzeugungsstrukturen aus erneuerbaren Energien Wasserstoff als zusätzliche Stütze der Versorgungssicherheit zu etablieren;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

5. ein Förderprogramm für Projekte zur Herstellung klimaneutralen Wasserstoffs in Südeuropa und Afrika z. B. über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Europäische Investitionsbank aufzulegen;
6. eine europäische Importstrategie für klimaneutralen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe zu erarbeiten;
7. dazu die Nachbarregionen der Europäischen Union in eine Wasserstoffunion einzubinden und eine Ausweitung des europäischen Emissionshandelssystems (EU-ETS) nicht nur auf alle Sektoren, sondern auf weitere Regionen wie z. B. die Staaten Nord- und Westafrikas zu prüfen;
8. den regulatorischen Rahmen auf deutscher und europäischer Ebene so weiterzuentwickeln, dass Investitionen in den Bau und Betrieb von grenzüberschreitenden Transport- und Verteilnetzen sowie Speichern für Wasserstoff möglich sind;
9. sich auf EU-Ebene für die schnelle Umsetzung eines Zertifizierungssystems für klimaneutrale Gase einzusetzen und die erforderlichen delegierten Rechtsakte zügig zu erarbeiten;
10. die Anrechenbarkeit von klimaneutralem Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen auf das Erneuerbare-Ziel gemäß der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie ((EU) 2018/2001) umzusetzen;
11. zusätzliche Kosten aus den Einnahmen einer Ausweitung des europäischen Emissionshandelssystems zu finanzieren.

#### Zu Buchstabe b

Die den Antrag auf Drucksache 19/20021 stellende Fraktion der FDP schickt voraus, Wasserstoff habe das Potential, eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz in nahezu allen relevanten Bereichen zu spielen: Als Speichertechnologie für Wind- und Sonnenenergie könne Wasserstoff angesichts einer immer volatileren Stromerzeugung einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. In der Industrie könne Wasserstoff fossile Brennstoffe ersetzen. Eingesetzt in eine Brennstoffzelle könnten mit Wasserstoff Gebäude beheizt und Fahrzeuge angetrieben werden. Und weiterverarbeitet zu synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels), ermögliche Wasserstoff den Ersatz von erdölbasiertem Diesel, Benzin und Kerosin in Verbrennungsmotoren im Straßenverkehr wie in der Luftfahrt.

Um das Potential nutzen zu können, fordert die Fraktion die Bundesregierung auf:

1. in der nationalen Wasserstoffstrategie neben „grünem“ Wasserstoff auch „blauen“ und „türkisen“ Wasserstoff als CO<sub>2</sub>-neutral zu klassifizieren,
2. umgehend die regulatorischen Rahmenbedingungen für die Produktion „blauen“ Wasserstoffs samt grenzüberschreitendem CO<sub>2</sub>-Transport zu schaffen,
3. sich bilateral und insbesondere auf europäischer Ebene für weitere internationale Partnerschaften zum Import von CO<sub>2</sub>-neutralem Wasserstoff einzusetzen,
4. Technologieoffenheit auch bei der Nutzung CO<sub>2</sub>-neutralen Wasserstoffs sicherzustellen und keine potentiellen Anwendungsbereiche wie beispielsweise den Straßenverkehr auszuschließen,
5. durch den zügigen Ausbau der Infrastruktur sicherzustellen, dass die für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft notwendigen Mengen zur Verfügung stehen. Zur Finanzierung können bisher nicht abgerufene Mittel aus dem Energie- und Klimafonds genutzt werden,
6. die in der europäischen Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) vorgegebene Anrechnung synthetischer Kraftstoffe auf den Anteil erneuerbarer Energien umzusetzen,
7. alle mit CO<sub>2</sub>-neutralem Wasserstoff hergestellten Produkte und betriebenen Prozesse in ihrer Bilanz auch als CO<sub>2</sub>-neutral zu klassifizieren.

#### Zu Buchstabe c

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist in ihrem Antrag auf Drucksache 19/18733 der Auffassung, der Weg in eine klimaverantwortliche Zukunft sei für das Land Herausforderung und Chance zugleich. Das mache umfangreiche Änderungen gerade in der Energieversorgung notwendig. Grüner Wasserstoff und die intelligente Verknüpfung der Sektoren würden in der Energiewelt von morgen eine wichtige Rolle spielen. Der Investitionsbedarf in Grüne Energie, in Produktionsanlagen für Grünen Wasserstoff sowie allgemein in die Wasserstoffwirtschaft sei eine große industriepolitische Chance, der Konjunktur mit zukunftsweisenden Technologien neuen Schwung zu verleihen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Aus diesen und weiteren Gründen wird die Bundesregierung unter anderem dazu aufgefordert:

1. den Ausbau der Erneuerbaren Energien wieder auf Zielgeschwindigkeit zu bringen und dabei insbesondere
  - Investitionssicherheit für Erneuerbare-Energien-Anlagen für den gesamten Zeitraum bis mindestens 2030 zu schaffen;
  - die Deckelung der EEG-Vergütung für Solarstrom aufzuheben;
  - den Betrieb von Mieterstromanlagen zu entbürokratisieren;
  - unnötige Hürden für den Ausbau von Windkraftanlagen sowohl im Planungs- und Genehmigungsrecht abzubauen als auch Informationen zur Bedeutung und den Auswirkungen von Windenergie aktiv zu verbreiten;
  - Maßnahmen für eine bessere Beteiligung der Menschen in den Regionen mit viel Windenergie an den Vorteilen zu ergreifen und eine gerechtere Verteilung von Kosten sicherzustellen;
  - die Ausbautzahlen für Offshore-Windkraftanlagen auf 35 GW bis 2035 zu erhöhen;
2. der Produktion und Verwendung von Grünem Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien im Sinne des Klimaschutzes in Deutschland eine wirtschaftliche Perspektive zu geben;
3. sicherzustellen, dass Strom aus Erneuerbaren Energien, welcher in Zeiten von Netzengpässen bisher nicht produziert wird, den Betreibern von Wasserstoff-Anlagen und anderen Spontan-Nutzern kostengünstig zur Verfügung gestellt wird;
4. eine Reform der Abgaben, Umlagen und sonstigen statischen Strompreisbestandteile so auszugestalten, dass Erneuerbarer Strom für flexible Verbraucher wie Wasserstoffelektrolyseure zeitlich und lokal spezifisch deutlich günstiger zur Produktion genutzt werden kann;
5. Forschungsvorhaben entlang der gesamten Wasserstoffkette, die auf Nachhaltigkeit, Ressourceneffizienz und Klimaschutz ausgerichtet sind, von der Grundlagen- bis zur Anwendungsforschung stärker zu fördern;
6. den Aufbau einer nachweislich Grünen Wasserstoffwirtschaft als industriepolitische Chance zu nutzen, indem ein zeitlich begrenztes Marktanzreizprogramm für Elektrolyseure an netzdienlichen Standorten aufgesetzt wird, die auf eine energiewendedenliche Fahrweise fokussieren;
7. zusätzliche Innovations- und Experimentierräume zu schaffen, in denen zeitlich spezifisch die Strombezugskosten an Standorten mit sehr hohen Anteilen Erneuerbarer Energien und für netzdienliches Verhalten so abgesenkt werden, dass die Innovationslust der Unternehmen für die Entwicklung, Erprobung und Bewertung verschiedener Technologien und Geschäftsmodelle geweckt wird.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/20020 in seiner 70. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/20020 in seiner 91. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/20020 in seiner 66. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/20020 in seiner 80. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/20021 in seiner 91. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/18733 in seiner 91. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/18733 in seiner 53. Sitzung am 16. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

#### IV. Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

Zu der öffentlichen Anhörung, die in der 87. Sitzung am 26. Oktober 2020 stattfand, haben die Sachverständigen schriftliche Stellungnahmen abgegeben, die in der Zusammenstellung auf Ausschussdrucksache 19(9)778 enthalten sind.

Folgende Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

Dr. Jörg Bergmann, Open Grid Europe GmbH (OGE)

Dr. Daniel Teichmann, Hydrogenious LOHC Technologies GmbH

Prof. Dr. Armin Schnettler, Siemens Energy

Kerstin Andreae, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)

Daniela Jansen, IG Metall

Lars Baumgürtel, Voigt & Schweitzer GmbH & Co. KG

Dr. Felix C. Matthes, Öko-Institut e.V.

Prof. Dr. Mario Ragwitz, Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen und Geothermie IEG (Fraunhofer IEG)

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatung eingegangen. Das Protokoll sowie die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

#### V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu den Buchstabe a bis c

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Anträge auf den Drucksachen 19/20020, 19/20021 und 19/18733 gemeinsam mit der Unterrichtung durch die Bundesregierung, Nationale Wasserstoffstrategie, Drucksache 19/20363 in seiner 99. Sitzung am 16. Dezember 2020 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, die Nationale Wasserstoffstrategie, die im Sommer verabschiedet worden sei, habe eine neue Dynamik in die Entwicklung gebracht. Wasserstoff werde zur Dekarbonisierung der Wirtschaft in erheblichem Maße beitragen.

Die **Fraktion der SPD** schloss sich den Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU an und würdigte den Weg der Transformation in Richtung Wasserstoffwirtschaft. Um den Wasserstoff weiter voranzubringen, sehe sie neben

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.



der Wasserstoffstrategie drei weitere Bedingungen. Erstens gehe es um die Absenkung der EEG-Umlage auf Null. Zweitens müsse eine Definition für „grünen“ Strom gefunden werden, die auch dem Parlamentsvorbehalt unterliegen müsse. Drittens gehe es um eine ambitionierte Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED II.

Die **Fraktion der AfD** bezeichnete die Wasserstoffstrategie als Versuch, die gescheiterte Energiewende zu retten. Die Produktion von Wasserstoff sei bisher ineffizient und unwirtschaftlich. Wasserstoff besitze allerdings das Potenzial, fossile Energieträger zu ersetzen. Die von der Bundesregierung gesetzten Prämissen schöpften dessen Potenzial allerdings nicht aus. Die Fraktion der AfD schlage daher vor, die Kernenergie mit der Wasserstoffproduktion zu verknüpfen.

Die **Fraktion der FDP** sagte, das Thema Wasserstoff dürfe nicht nur unter dem Aspekt der Erreichung der Pariser Klimaziele gesehen werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt sei die Versorgungssicherheit. Die Anträge der Fraktion plädierten dafür, keine Wasserstoff-Farben- sondern eine Wasserstoff-Mengen-Debatte zu führen. Entscheidend sei, die Frage zu beantworten, wieviel Energie für die Erzeugung einer bestimmten Menge Wasserstoff notwendig sein werde. Diese Frage stelle sich im europäischen Maßstab. Die Potenziale von Digitalisierung und Sektorkopplung seien noch lange nicht ausgeschöpft.

Die **Fraktion DIE LINKE**. erwiderte der Fraktion der FDP, sie teile deren Auffassung über die „bunte“ Wasserstoffwelt nicht. Es müsse vor allem darum gehen, „grünen“ Wasserstoff, also Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien erzeugt werde, zu fördern und einzusetzen. Bisher sei die Gewinnung von Wasserstoff extrem energieintensiv und teuer. Wer Wasserstoff beispielsweise im Wärme- oder im PKW-Bereich einsetzen wolle, verschwende ihn damit und reduziere die Akzeptanz der Energiewende. Mit Bezug auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN äußerte sich DIE LINKE. skeptisch. Der Markthochlauf und die Elektrolyseure müssten zwar gefördert werden, ein Klimavorteil von Wasserstoff setze allerdings erst bei einem Ökostromanteil von etwa 70 Prozent ein.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte sich erstaunt, wie die Koalition die gerade erfolgte Verabschiedung des EEG im Ausschuss für Wirtschaft und Energie in Einklang mit der Wasserstoffstrategie zu bringen und als Erfolg zu verkaufen versuche. Die Fraktion stimme mit der Fraktion DIE LINKE. überein, ein zentrales Kriterium für die Erzeugung und den Einsatz von Wasserstoff müsse die Energieeffizienz sein. Wasserstoff müsse klima- und wirtschaftspolitisch ein Erfolg werden. Wenn genügend erneuerbare Energien zur Verfügung stünden, könne auch die Produktion von „grünem“ Wasserstoff hochgefahren werden.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/20020 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/20021 zu empfehlen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/18733 zu empfehlen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.



Berlin, den 16. Dezember 2020

**Johann Saathoff**  
Berichtersteller

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*